



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Ausschuss für Wirtschaft und Währung*

---

2011/2011(INI)

6.4.2011

# ENTWURF EINES BERICHTS

zu einer globalen wirtschaftlichen Ordnungspolitik  
(2011/2011(INI))

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Berichtersteller: Gunnar Hökmark

PR\_INI

## INHALT

**Seite**

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS .....3

# ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

## zu einer globalen wirtschaftlichen Ordnungspolitik (2011/2011(INI))

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des am 8. Februar 2011 veröffentlichten Initiativberichts des Palais Royal mit dem Titel „Reform of the Monetary System: a cooperative approach for the twenty-first century“,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 20. Oktober 2010 zur Verbesserung der Economic Governance und des Stabilitätsrahmens in der Union, vor allem im Euroraum<sup>1</sup>,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom ... Mai 2011 zur EU als globalem Akteur: ihre Rolle in multilateralen Organisationen<sup>2</sup>,
  - gestützt auf Artikel 48 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung sowie der Stellungnahme des Ausschusses für internationalen Handel (A7-0000/2011),
- A. in der Erwägung, dass die Entwicklung der Weltwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten im Allgemeinen bemerkenswert erfolgreich verlaufen ist, wenn man bedenkt, dass die Zahl der Menschen, die in relativem Wohlstand leben, von einer Milliarde auf vier Milliarden gestiegen ist,
- B. in der Erwägung, dass das Auftreten neuer bedeutender Akteure auf dem Weltmarkt, allen voran China und Indien, tiefgreifende Auswirkungen hat und die wirtschaftliche Landschaft grundlegend verändert hat, die bereits bestehenden Ungleichgewichte noch weiter verstärkt wurden,
- C. in der Erwägung, dass die aktuellen Ungleichgewichte an sich nichts Neues sind, sondern nur an die Stelle anderer Ungleichgewichte getreten sind, die die Weltwirtschaft jahrzehntelang kennzeichneten, auch wenn sie heute ausgeprägter sind und die Weltordnungspolitik vor neue Herausforderungen stellen und die gegenwärtigen Regelungen somit nicht mehr ausreichen,
- D. in der Erwägung, dass die herrschenden Währungsregelungen zu einer erheblichen Anhäufung von Währungsreserven in einigen Volkswirtschaften geführt haben, wodurch das weltweite Angebot an Kapital gestiegen ist und die Zinssätze nach unten gedrückt wurden, was wiederum zu der Preisblase bei Vermögenswerten beigetragen hat, die in der letzten Finanzkrise eine zentrale Rolle spielte,
- E. in der Erwägung, dass die häufig erwähnten Leistungsbilanzungleichgewichte eine Folge zugrunde liegender struktureller Ungleichgewichte in den Volkswirtschaften sind,
- F. in der Erwägung, dass sich die EU durch eine stärkere Vertretung nach außen auf der Grundlage einer wirksameren und transparenteren internen Entscheidungsfindung gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Vertrags von Lissabon aktiv an der Neugestaltung des internationalen Währungs- und Finanzsystems beteiligen sollte,

---

<sup>1</sup> Angenommene Texte, P7\_TA-PROV(2010)0377.

<sup>2</sup> Angenommene Texte, P7\_TA-PROV(2011)0000.

## **Politische Empfehlungen zur Bekämpfung makroökonomischer, währungspolitischer und finanzieller Ungleichgewichte auf globaler Ebene**

1. hebt hervor, dass ein Ungleichgewicht als solches nicht unbedingt eine Bedrohung für die finanzielle Stabilität oder das Wirtschaftswachstum sein muss; betont vor diesem Hintergrund, dass Ungleichgewichte bekämpft werden sollten, die auf die fehlende strukturelle Anpassung und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Wirtschaft zurückzuführen sind, da dies die grundlegenden Probleme sind;
2. ist sich bewusst, dass politische Entscheidungsträger auf der ganzen Welt bereits verschiedene Lösungen und Reformen der Weltfinanzpolitik vorgeschlagen haben, um die Weltwirtschaft wieder ins Gleichgewicht zu bringen und einen weiteren Einbruch zu verhindern;
3. betont die Bedeutung einer verantwortungsvollen Währungspolitik; fordert die Zentralbanken der größten Volkswirtschaften mit Nachdruck auf, bei der Umsetzung unkonventioneller Maßnahmen mögliche externe Effekte zu berücksichtigen;
4. ist sich dessen bewusst, dass das Vertrauen in die Stärke der zugrunde liegenden Wirtschaft sowie die Tiefe und der Entwicklungsgrad ihrer Finanzmärkte letztlich die wichtigsten Faktoren sind, aufgrund derer Währungen von den Zentralbanken als Reserven gehalten werden;
5. weist darauf hin, dass Währungen die zugrunde liegenden Markteckdaten widerspiegeln sollten, um mehr Offenheit und Flexibilität zu schaffen und die wirtschaftliche Anpassung zu ermöglichen;
6. fordert den IWF mit Nachdruck auf, seine Satzung einzuhalten, insbesondere die Verpflichtung, von einer Manipulation des Wechselkurses abzusehen, und sich auch an die einschlägigen Bestimmungen des GATT-Übereinkommens zu halten;
7. unterstützt die Arbeit und den Einsatz, die die G20-Staaten für die Umsetzung der mittelfristigen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen leisten, indem sie eine angemessene Währungspolitik verfolgen, die Flexibilität des Wechselkurses erhöhen, um den zugrunde liegenden wirtschaftlichen Eckdaten besser Rechnung zu tragen, und Strukturreformen durchführen, um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern und zur Wiederherstellung des globalen Gleichgewichts beizutragen;
8. befürwortet die Festlegung eines Zeitrahmens für den Aktionsplan, mit dem der Rahmen der G20 für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum umgesetzt wird;
9. hält es für erforderlich, dass die G20 konkretere Zusagen machen und die Fortschritte von einer unabhängigen Stelle wie z. B. dem IWF überwacht werden;
10. hebt hervor, dass eine Reihe volkswirtschaftlicher Indikatoren vereinbart werden muss, eine solche Überwachung auf weltweiter Ebene ermöglichen; betont, dass diese Indikatoren interne Ungleichgewichte umfassen sollten, wie z. B. die Verschuldung und Defizite der öffentlichen Haushalte, private Ersparnisse und Schulden sowie externe Ungleichgewichte infolge von Handels- und Investitionsströmen und Transfers;
11. fordert den IWF auf, als Teil des Gemeinsamen Bewertungsprozesses eine Bewertung der Fortschritte auf dem Weg zur Tragfähigkeit der Zahlungsbilanz und zur Kohärenz der politischen Strategien auf Grundlage der oben genannten Indikatoren vorzulegen;

## **Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems und seiner Institutionen**

12. hebt hervor, dass die Europäische Union bei der weltweiten Wirtschaftsreform zur Legitimierung der internationalen Institutionen und ihrer transparenten und verantwortungsvollen Gestaltung eine führende Rolle einnehmen muss;
13. hebt hervor, dass ein umfassendes Verständnis und ein gemeinsamer Ansatz für die Währungspolitik, tragfähige öffentliche Finanzen und flexible Währungen auf der Basis der wirtschaftlichen Eckdaten notwendig sind; vertritt die Ansicht, dass die Weltwirtschaft durch freien Handel in allen Sektoren gekennzeichnet sein sollte; hebt hervor, dass der IWF und die WTO im Zentrum eines solchen Prozesses stehen und die G20 sowie andere relevante Stellen einen Beitrag leisten sollten;
14. empfiehlt einen starken und unabhängigen IWF mit ausreichenden Instrumenten und Mitteln, die es ihm ermöglichen, verstärktes Augenmerk auf länderübergreifende Verbindungen zu legen, indem er nicht nur die multilaterale Überwachung stärkt, sondern auch einen Schwerpunkt auf Volkswirtschaften von systemischer Bedeutung und auf Entwicklungsindikatoren zur Bewertung dauerhafter starker Ungleichgewichte legt;
15. hält die G20 für ein wichtiges Forum für die globale Zusammenarbeit, weist jedoch auch auf ihre mangelnde Repräsentativität hin; betont, dass Maßnahmen zur weltweiten institutionellen Koordinierung über den IWF ausgeführt werden sollten;

#### **Aufsichtspolitik auf globaler Ebene**

16. hebt hervor, dass die fehlende Zusammenarbeit der Finanzaufsichtsbehörden zur Ausbreitung der Finanzkrise beigetragen und ihre Auswirkungen verschlimmert hat;
17. empfiehlt einen verstärkten Dialog über die makroprudentielle Aufsicht mit Schwerpunkt auf dem transatlantischen Dialog, eine ausgewogene Umsetzung des Basel-III-Pakets und eine weiterführende Debatte über die Ausweitung der Überwachung auf nicht dem Bankenwesen angehörende Finanzinstitutionen;

#### **Die Rolle der EU und ihre Herausforderungen**

18. weist nachdrücklich auf die positiven Auswirkungen eines stärkeren Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU und dem Euro-Währungsgebiet auf die globale Zusammenarbeit und Koordinierung hin;
19. betont die Rolle des neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus als regionaler Währungsfonds; weist darauf hin, dass eine enge Zusammenarbeit mit dem IWF beiden Seiten zugutekommen wird;
20. fordert die Kommission auf, einen Vorschlag dafür vorzulegen, wie das interne Verfahren der Entscheidungsfindung der EU im Hinblick auf die Vertretung nach außen in Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten verbessert werden kann;
21. hebt hervor, dass eine umfassende Teilnahme an der Weltwirtschaft für Europa entscheidend ist, um all seine Chancen zu nutzen;
22. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.